

Einführung
Vizepräsident Dr. Jürgen F. Kammer
Vorsitzender des Ausschusses Ordnungspolitik und Grundsatzfragen

Der demokratische Verfassungsstaat in Gefahr.
Aktuelle Überforderung der repräsentativen Demokratie und Wege zu ihrer Bewahrung
Prof. Dr. Utz Schliesky
Leiter des Lorenz-von-Stein-Instituts
an der Christian-Albrechts-Universität Kiel
Donnerstag, den 19. September 2019

Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren,
zu unserer heutigen Veranstaltung möchte ich Sie sehr herzlich willkommen heißen.

„Demokratien sterben heutzutage nicht laut sondern leise. Sie enden nicht mit einem großen Knall durch Putsch oder Revolution sondern erodieren langsam (so Steven Levitsky und Daniel Ziblatt 2018 in den USA).

„Diese Erosion“, so schreibt Prof. Schönberger, Uni Konstanz, im Februar dieses Jahres in der FAZ, „geht damit einher, dass demokratische politische Eliten elementare Normen und informelle Regeln über die Grundlagen der politischen Auseinandersetzung und des demokratischen Machterwerbs (gezielt! JFK) zerstören.“ d.h. wenn es um Machtpolitik geht, wird die Zurückhaltung der Regeln zum Erwerb der Macht aufgegeben!

Dies sind nur zwei Beispiele aus einer Fülle ähnlicher Beobachtungen.

Sensible und aufmerksame Beobachter der westlichen Welt sehen weitgehend übereinstimmend eine Gefahr heraufziehen. Diese Gefahr wirkt zerstörerisch im Innern ihrer Staaten und sogar des Westens insgesamt.

Im Gegensatz dazu zeigt jedoch der Autoritarismus in den bedeutendsten Staaten unserer Zeit eine immer größere Attraktivität – und der Westen macht keine Ausnahme:

- Russland nützt die Selbstzweifel der liberalen Demokratien im Westen. Sie sind ratlos gegenüber der Behauptung, die liberale Demokratie sei ohnehin am Ende. Sie sei ja nur ein radikales Experiment gewesen, dessen Zeit nun abgelaufen sei. Russland verwischt so systematisch die Grenzen zwischen Demokratie und Autoritarismus.
- China baut wirtschaftlich äußerst erfolgreich einen autoritären politischen Apparat auf. Dieser Apparat hat das Ziel, jeden Bürger mit umfassenden Kontrollen auch seiner persönlichen Sphäre in das System und seinen Vorgaben zu zwingen. Und er könnte sogar Erfolg haben! Man lässt dem Bürger wirtschaftlichen Erfolg, gestattet aber keinen Einfluss auf politische Entscheidungen der Einheitspartei.
- Und die USA? Dieser Sicherheitsgarant und die älteste Demokratie der gesamten westlichen Welt, wo steht sie?
Hier bedienen sich die Parteien und besonders der republikanische Präsident eines immer ungehemmter auftretenden Populismus und Nationalismus, um ihre Machtziele durchzusetzen.
Der politische Gegner wird diffamiert, die Medien verächtlich gemacht und durch gefärbte und oft genug unwahre Berichte in sozialen Medien unterlaufen. Und sie haben Erfolg, der Nachahmer reizt.

Um Europa herum, an seinen Rändern wie in der Türkei und auch in Europa selbst neigen die Menschen zunehmend der Vorstellung zu, die Probleme seien nicht mehr mit den Mitteln und Institutionen der freiheitlichen Demokratie zu bewältigen.

Sie glauben, ein „starker Staat“, der imstande sei, seine Bürger im Innern wie an den Außengrenzen zu schützen, könne helfen die zunehmenden Probleme zu lösen.

Welche sind dies? Es sind

- die Globalisierung mit der Überforderung und Auflösung von Gemeinschaften
- die Bevölkerungsvermehrung mit dem Versagen der Staaten und den Folgen von Massenarmut, Perspektivlosigkeit, Korruption, Kriegen und Migration
- die Digitalisierung mit der unbegrenzten Speicherung von Daten und Algorithmen über den Einzelnen. Dies bedeutet über absolute Herrschaft im Innern der Staaten und zudem die Möglichkeit der Schwächung von gegnerischen Staaten durch Cyberwar
- die globale Wirtschaft mit der Herrschaft internationaler Konzerne
- und der Ausbreitung eines fundamentalen Islam
-

Aber mit der Förderung des „starken Staates“ geht eine andere unangenehme Entwicklung einher: Es ist der Populismus. Dieser denkt im Wachstum von Klientelgruppen, er verfolgt rücksichtslos und systematisch unter Verletzung von vielen Spielregeln eines zivilisatorischen Zusammenlebens seine Ziele. Jede Mahnung zur Mäßigung tut er als Schwäche ab.

Auch die Medien sind in der Gefahr, in dieses Denken abzurutschen, missliebige Gruppen auszugrenzen, Informationen zu filtern, um gewisse erwünschte gesellschaftliche Entwicklungen verhindern oder sie zu fördern.

Der kritische Journalist ist immer mehr überwiegend gesellschaftskritisch unterwegs anstatt kritisch in der Wahrheitssuche zu denken und zu berichten.

Die Bürger – und in seiner Gesamtheit das Staatsvolk – als Träger der staatlichen Souveränität ist zunehmend das Ziel von Manipulation und Werkzeug für populistische Bestrebungen. Die sozialen Medien tun ihr Übriges.

Wo steht in dieser Gemengelage das demokratisch gewählte Parlament als wichtigste Entscheidungs- und Kontrollinstanz des Staates? Kann es noch seinen Auftrag erfüllen angesichts

- populistisch beeinflusster Parlamentarier?
- einer immer größeren Übertragung von Souveränitätsrechten an übergeordnete Institutionen wie die EU oder internationalen Handels- bzw. Verteidigungsvereinbarungen?
- Und daraus folgend eine zunehmende Flut von Gesetzen, die immer mehr nur noch „abgenickt“ anstatt in der politischen Diskussion entwickelt, bzw. überprüft zu werden
- Einer immer größer werdenden Macht der Digitalisierung mit ihren Möglichkeiten der Beeinflussung?
- Gibt es mit dieser Überforderung der politischen Führung die Möglichkeit, am Parlament vorbei politische Ziele durchzusetzen, die es sonst vielleicht nie akzeptiert hätte (Flüchtlingskrise, Energiewende?). Es sieht leider so aus.

Diese brennende Frage ist das Thema des heutigen Abends und wir sind glücklich, Herrn Prof. Dr. Utz Schliesky, den Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landtages hier bei uns begrüßen zu dürfen.

Prof. Schliesky studierte er von 1987 bis 1992 an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel Rechtswissenschaft. 1996 wurde er zum Dr. iur. promoviert. Daneben war er als Dozent für Recht und Verwaltungslehre an der Kieler Bundeswehrfachschule sowie als Lehrbeauftragter an der Verwaltungsfachhochschule des Landes Schleswig-Holstein in Altenholz tätig. 1997 legte er das zweite juristische Staatsexamen ab. Er habilitierte 2002. Seit 2007 ist er apl. Professor für öffentliches Recht und Europarecht.

In der Politik ging seine Karriere über die stv. Hauptgeschäftsführung des Deutschen Landkreistages. Danach war er als Ministerialdirigent im Schleswig-Holsteinischen Finanzministerium, sowie als Privatdozent an der CAU Kiel tätig.

Im April 2009 übernahm er das Amt des Direktors des Schleswig-Holsteinischen Landtags und ist u.a. auch Präsident der angesehenen Schleswig-Holsteinischen Juristischen Gesellschaft.

Im Nebenamt ist er geschäftsführender Vorstand des Lorenz-von-Stein-Instituts an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Prof. Schliesky, Sie haben das Wort.